



Das Spiel

DIE REGELN DER TROIKA

Immobilien im Wert von Milliarden werden verschleudert, Wasserwerke gegen den Willen der Bevölkerung an Konzerne vergeben, Banken gehen zum Billigpreis an dubiose Käufer – in den Krisenländern Europas steht das öffentliche Eigentum zum Verkauf. Oligarchen und Finanzinvestoren spielen ein gigantisches Monopoly. Die Gläubiger haben die Regeln zugunsten der Zocker geändert: Im **EUROPOLY** stehen die Verlierer von Beginn an fest. Eine Anleitung in drei Kapiteln. Das erste stellt Banker, Spieler, Regeln vor.

VON ELISA SIMANTKE



1. DIE BANK

Wer ist eigentlich die Troika?

Im Europoly, in dem um Staatsbesitz gezeckert wird wie im Monopoly um Straßen, übernimmt die sogenannte Troika die Rolle der Bank. Zu Spielbeginn gibt die Bank Geld an die EU-Krisenstaaten aus. Sie hat die Iren mit Krediten in Höhe von 68 Milliarden, die Griechen mit 270 Milliarden, die Portugiesen mit 78 Milliarden Euro und schließlich die Zypern mit zehn Milliarden Euro finanziert, als die sich infolge der Euro-Krise an den Finanzmärkten kein Geld mehr leihen konnten. Die Funktionäre der Troika – vom Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Kommission – überwachen dann, ob die Länder unter dem Rettungsschirm ihre Vorgaben auch einhalten.

Albert Jäger ist ein freundlicher Mann. Er hat ein schmales Gesicht, trägt Brille, spricht leise und bedächtig und tritt damit so unauffällig bescheiden auf, wie man sich den idealen Beamten vorstellt. Kaum jemand in Portugal kennt sein Gesicht, aber er hat Macht. Jäger ist der Vertreter des Internationalen Währungsfonds in Portugal und hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit seinen Kollegen den Daumen für Kreditzahlungen an Portugal gehoben oder gesenkt. Er hat darüber mitentschieden, wie viel Geld den Pensionären gestrichen wird, wie stark die Kündigungsschutz geockert wird und an wen Staatskonzerne verkauft werden. Jäger arbeitet für die Troika, ein Gremium, das in keinem EU-Vertrag vorgesehen war und trotzdem die Politik der Krisenländer bestimmt.

Alle paar Monate notieren die Beamten von Währungsfonds und Kommission in „Fortschrittsberichten“, was aus ihrer Sicht gut läuft und was das „Programmland“ (Troika-Sprech) noch mehr anstrengen sollte. Die meisten Kontrollreue kommen dafür nur wenige Tage an, die Teams bestehen aus bis zu 40 Leuten. Zu den wichtigsten

Köpfen gehörten in den vergangenen Jahren seitens der Kommission der Währungskommissar Olli Rehn und sein Verhandlungsführer Matthias Mors, die EZB schickte meist den Banker Klaus Masuch, der wichtigste Mann in den Verhandlungen beim IWF ist der Däne Poul Thomsen. Sie alle sind nicht auffälliger als der stille Albert Jäger und treten auch nicht besonders gern in der Öffentlichkeit auf. Die Troika hat kein richtiges Gesicht.

Für Südeuropa ist die Troika die Verkörperung der Krise, in Griechenland können die Beamten nur noch mit massivem Personenschutz arbeiten. Aber auch in Brüssel selbst ist nicht unbedingt stolz auf das Gremium. Im Gegenteil. Das EU-Parlament kann in einem Untersuchungsbericht zu dem Ergebnis: Die Troika und ihre Beamten sind nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker – der als ehemaliger Chef der Eurogruppe das Gremium immerhin mitgegründet hat – hat schon angekündigt, die Troika neu strukturieren zu wollen. Sie soll anders auftreten. Transparenter arbeiten. Vielleicht soll auch der IWF ausscheiden und das Ganze ein rein europäisches Projekt werden.

Doch an der inhaltlichen Agenda der Troika wird sich wohl auch in Zukunft wenig ändern. Die Privatisierungen sind ein fester Teil der Programme. Die Europoly-Bank gibt das Geld zu Beginn nicht einfach so aus, sie verleiht es nur und legt gleich noch die Spielregeln fest. Verschiedene Spieler müssen sich unterschiedlich viel Geld leihen. Andere bringen es bündelweise selbst mit.

Auf Staatsebene gibt es im Europoly vier Spieler. Die Länder, in denen die Troika schon im Einsatz war, sind Irland, Portugal, Griechenland und Zypern. Sie starten ins Spiel mit unterschiedlich hohen Schulden. Wer das meiste Geld leiht, muss auch das meiste verkaufen. Auch Investoren aus dem In- und Ausland spielen mit von Unternehmen und Grundstücken.

Die größten Probleme hat der griechische Spieler. Griechenland hat seit Mai 2010 insgesamt rund 270 Milliarden Euro an Krediten von der Troika bekommen. Das Land kürzt die Renten, erhöht die Steuern, streicht die Arbeitslosenunterstützung. Die Wirtschaft bricht ein. Aber auch das geliehene Geld gibt es nicht umsonst. Als Gegenleistung verspricht Griechenland unter anderem, 50 Milliarden Euro durch Privatisierungen bis zum geplanten Ende des Programms 2016 einzunehmen. Sie sollen direkt in die Schuldentilgung fließen. Der erhoffte 50-Milliarden-Erlös allerdings ist von Beginn an stark überzogen. Das größte Privatisierungsprogramm Europas entstand wohl nur durch eine Lücke in den Kalkulationen, die irgendwie gefüllt werden musste. Inzwischen werden nur noch elf Milliarden bis 2016 angepeilt, wahrscheinlich wird auch das nicht klappen. Unter den Folgen der falschen Schätzung leiden die Bürger, die noch mehr sparen müssen als ohnehin schon.

Portugal folgt ein Jahr später im Mai 2011 und rettet seine Banken mit Hilfe von 78 Milliarden Hilfs Euros. Das Land verspricht, mit Privatisierungen rund 5,5 Milliarden Euro einzunehmen und damit Schulden zu tilgen. Portugal entwickelt sich über die Jahre zum Lieblingsspieler der Troika. Die portugiesische Regierung übertrifft das gesetzte Ziel deutlich. Sie nimmt bis zum Ende des Troika-Programms im Sommer 2014 rund neun Milliarden ein, verkauft Staatskonzerne an China und eine ganze



2. Die Spieler

Welcher Staat verkauft was?

Bank zu Niedrigpreisen nach Angola. Portugal verlässt den Rettungsschirm offiziell im Mai 2014. Die Verpflichtungen muss es weiter bedienen.

Bei den Spielern Irland und Zypern ist die Situation etwas anders. Irland geriet 2010 in die Krise und hat als erstes Land das Programm wieder verlassen. Es bekam Hilfskredite in Höhe von 68 Milliarden und versprach, drei Milliarden durch Privatisierungen zu Erlösen. Der einzig größere Versuch, das Energieunternehmen Bord Gáis Energy zu verkaufen, schlug allerdings fehl. Weil die Wirtschaft sich gut entwickelt, versucht Irland, die Schulden anders abzubauen.

Zypern ist das neueste Land im Troika-Programm. Für die kleine Insel beginnt das Spiel erst. Sie hat zehn Milliarden bekommen und sich verpflichtet, Privatisierungserlöse in Höhe von 1,4 Milliarden Euro aufzubringen. Nach Objekten wird noch gesucht, wahrscheinlich trifft es die Inselhäfen.

Ohne Schulden und mit viel eigenem Kapital starten dagegen die Spieler „nationale oder internationale Investoren“ ins Europoly. Diese Spieler arbeiten gern zusammen. Ein lokaler Oligarch (meist Bankendynastie oder Ol-Milliarden) schließt sich mit ausländischen Investoren zusammen. Besonders aktiv sind hier Chinesen. Der größte private chinesische Finanzier Fosun kauft gleich in Portugal und in Griechenland ein, und auch der Staat China als solcher spielt mit. In Portugal kaufen Staatskonzerne den Energiekonzern auf. Eine angolanische Despotentochter fädelt mit einem portugiesischen Milliardär einen Bankdeal ein. Auch deutsche Firmen mischen mit. Es geht um viel Geld, deshalb wird bei den Deals auch kräftig geschummelt: Eine beratende Bank wird des Geheimverrats beschuldigt, der Chef der griechischen Treuhänder fliegt mit dem Privatjet eines Käufers in die Ferien. Doch zunächst die Regeln.



3. Die Spielregeln

Was steht in den Troika-Verträgen?

Spielregeln lesen macht keinen Spaß. Sie selbst festzulegen dagegen schon. Privatisierungen sind ein fester Teil der Euro-Stabilisierungsprogramme, die Troika schreibt sie in jeden Vertrag. Die EU-Kommission erklärt, sie sei davon überzeugt, „dass Privatisierungen dazu dienen, die Wirtschaft effizienter zu machen und Schulden abzubauen“. Schuldensstaaten müssten internationale Investoren ins Land holen, um die eigene Wirtschaft zu stärken. Die Investoren stecken dann Geld in die Unternehmen, so die Idee, und schaffen neue Arbeitsplätze. Für das Spiel bedeutet das, der Staat verkauft seinen Besitz höchstbietend an möglichst viele Interessenten. Dafür sollte er so viel Geld bekommen, dass es nicht schlimm ist, dass er zukünftig zahlen muss, wenn er das Feld wieder betritt. Im Europoly hat das bisher aber nicht besonders gut geklappt.

Die nationalen Regierungen glauben wie die Troika: Privatisierungen verbessern Management und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Sie finden ohne hin nicht, dass die Staaten bisher beson-

ders viel aus ihrem Besitz gemacht haben. Gikas Hardouvelis beispielsweise, ehemaliger Privat-Banker und seit Juni Finanzminister von Griechenland, sagt: „Der Staat ist ein schlechter Manager.“ Es geht zudem zum Glück keine Alternativen zu den Privatisierungen, man brauche das Geld, um die Schulden zu bezahlen.

Im Europoly handeln die Spieler die Spielregeln mit der Troika aus. Sie schließen im Namen der anderen Euro-Staaten einen Vertrag mit dem jeweiligen Krisenland, das sogenannte „Memorandum of Understanding“. Darin wird festgehalten, mit welchen Reformen und Einschnitten das „Programmland“ wieder auf den rechten Pfad zurückgeführt werden soll. In weiteren Verträgen und „Updates“ werden dann genauere Zahlen genannt und das Privatisierungsprogramm gesteuert.

Beim Spiel Griechenland klingt die Verpflichtung so: „Die Regierung ist bereit, alle übrigen Anteile an staatseigenen Konzernen zu verkaufen, wenn dies nötig ist, um die Privatisierungsprogramme zu erreichen. Öffentliche Kontrolle wird auf Bereiche der kritischen Infrastruktur be-

schränkt.“ Ähnliches findet sich auch in den Verträgen mit den anderen Ländern. Was verstehen die Regierungen und die Troika unter kritischer öffentlicher Infrastruktur? Das bleibt auch auf Nachfrage unbeantwortet. Flughäfen, Wasserversorgung, Strom, Häfen und der Schienenverkehr gehören wohl wie das Verbot, die Kiste zu verbauen. Für Griechenland ein Tabubruch.

Beim Spieler Portugal bleibt mehr Entscheidungsmacht in den Händen der Regierung. Sie beschließt mit der Troika eine Liste von Unternehmen, die privatisiert werden sollen. Das Land hat bereits seit kurz nach dem Ende der Nelkenrevolution 1974, bei der fast alle großen Betriebe verstaatlicht wurden, ein eigenes Re-Privatisierungsprogramm. Bis die Troika kam, war aber nicht jede Entscheidung im Parlament durchsetzbar. Das ändert sich mit den Geldgebern. Gemeinsam schreiben die portugiesische Regierung und die Troika auch absurde Details in die Verträge, die später einige kritikwürdige Geschäfte erst möglich machen – wie zum Beispiel den BPN-Bankenskandal (siehe nächste Seite).

gen keinen Einfluss. Das Parlament ist so wieso außen vor. Der Verzicht auf Mitsprache gilt auch für sensible Bereiche wie zum Beispiel die Wasserversorgung. Und mit den „special rights“, auf die der Staat verzichtet, fallen nach der Lesart griechischer Rechtsexperten auch Verfassungsregeln, wie das Verbot, die Kiste zu verbauen. Für Griechenland ein Tabubruch.

Ein **Teuhandfonds verkauft Griechenslands Staatsbesitz**

Im Monopoly ist die Bank neutral und auch im Europoly bestehen die Troika-Banken darauf, sie üben keinen Druck auf die Krisenstaaten aus, besonders heftig oder schnell zu privatisieren. Doch wenn Thomas Wiesner, der Chef der Euro Working Group – das Gremium, das die Beschlüsse der Euro-Finanzminister vorbereitet – über die Verhandlungen spricht, klingt das so: „Die Troika und die EU haben zu keinem Zeitpunkt gesagt, das und das muss bis dahin verkauft sein.“ Aber wenn die griechische Regierung zwei Milliarden verspricht und dann nur 500 Millionen erlöse, dann müsse das so anderer Stelle eingespart werden. „Und das ist auch schwierig – natürlich erzeugt das Druck auf das Empfängerland“, sagt Wiesner. Zusage ist Zusage. Die Frage nach dem besten Zeitpunkt für den Verkauf ist dabei zweitrangig. Im Vertrag der Griechen steht: Sollte die Regierung die geplanten Privatisierungserlöse nicht erreichen, muss sie mindestens die Hälfte der Summe durch andere Maßnahmen aufbringen. Das heißt: noch mehr sparen. Aber genug der Regeln, jetzt die Praxis!